**164. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 29.05. 2015**

Antrag Nr. 1

Die 164. Vollversammlung der Wiener AK fordert das Parlament auf, die Bedingungen der Gewährung der österreichischen Staatsbürgerschaft auf die Notwendigkeit reduziert, ausreichend viele Jahre in Österreich gelebt zu haben.

- Ausweitung der Doppelstaatsbürgerschaft: Bereits jetzt sind Kinder binationaler Ehen normalerweise DoppelstaatsbürgerInnen. Auch im Ausland lebende ÖsterreicherInnen sind sehr oft zugleich StaatsbürgerInnen ihres neuen Lebensmittelpunktes. Befunde zeigen, dass mehrfache Staatsbürgerschaften keine Bedrohung für eine staatliche Gesellschaft darstellen. Nicht einmal bei einem ehemaligen kalifornischen Gouverneur ergaben sich Loyalitätskonflikte. Auch im Verleihungsverfahren sollte daher eine Doppelstaatsbürgerschaft verstärkt ermöglicht werden.
- Einführung eines ordentlichen Rechtsmittels: Derzeit ist bei Abweisung eines Staatsbürgerschaftsantrages nur eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof möglich. Ein ordentliches Rechtsmittel (Berufung) sollte auch im Staatsbürgerschaftsverfahren als Standard eines Rechtsstaates möglich sein.
- Herabsetzung der Gebühren: Neben den Bundesabgaben (bei einer Einzelperson fast € 1.000,--) und Verwaltungsabgaben kommen zusätzlich noch weitere Gebühren und Kosten hinzu: Übersetzungs- und Beglaubigungskosten, Beilagengebühren, Eintritts- und Austrittsgebühren für die bisherige Staatsbürgerschaft, Deutschkurskosten und entsprechende Prüfungsgebühren. Alleine die Aufwendung all dieser Kosten zeigt, dass offensichtlich der Lebensunterhalt des Einbürgerungswilligen gesichert sein muss. Alternativ wäre auch die Gewährung zinsfreier Darlehen zur Finanzierung der Einbürgerung ein positiver Schritt, die Staatsbürgerschaft nicht nur den Wohlhabenden vorzubehalten.
- Rücknahme der Notwendigkeit des Nachweises von Deutschkenntnissen und des Staatsbürgerschaftstests: Beide Instrumentarien führen nicht dazu, dass sich AusländerInnen willkommen und anerkannt fühlen. Von vielen werden sie als Restriktion wahrgenommen. Deutsch sollte jedoch als Chance und Notwendigkeit für ein Leben in Österreich wahrgenommen werden und vielfältig bewusst gefördert werden. Festgehalten wird jedoch auch, dass Österreich ein mehrsprachiges Land ist.

- Reform der Bestimmungen über die hinreichende Sicherung des Lebensunterhaltes: Mit Erreichung des „Daueraufenthaltes“ bzw. als freizügigkeitsberechtigte EWR -BürgerInnen sind AusländerInnen grundsätzlich bei der Inanspruchnahme sozialer Leistungen gleichzustellen. Dieses Prinzip wird durch die strengen Verleihungsbestimmungen für die österreichische Staatsbürgerschaft untergraben. Armut darf daher nicht zum Ausschlusskriterium werden. Die Gesetzgeberin soll sich durchringen, eine umfassende, staatsbürgerschaftsfördernde Novelle zu beschließen, zumindest wären offensichtliche und unverständliche bürokratische Hemmnisse des aktuellen Staatsbürgerschaftsgesetzes zusätzlich zu den bereits angekündigten Punkten zu verändern:

Begründung:

Die Österreichischen Staatsbürgerschaftsgesetze sind kompliziert und es ist schwierig genug für Menschen mit Migrationshintergrund, deren Kriterien zu erfüllen. Trotzdem machen die BeamterInnen die Staatsbürgerschaftsverfahren noch schwieriger und komplizierter für sie.

Anfang 2012 lebten 970.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich. Bis Ende des Jahres wird die Zahl aller Voraussicht nach über 1.000.000 betragen. Etwa 40% davon dürfen sich an Wahlen auf Gemeinde und europäischer Ebene beteiligen, die anderen runden 60 % an keinerlei demokratischen Wahlen. In Wien allein ist bereits fast ein Viertel der altersmäßig entsprechenden Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen. Dies ist für einen Staat wie Österreich demokratiepolitisch sehr bedenklich.

2004 bis 2010 sind die Einbürgerungen sehr stark zurückgegangen. Einerseits, da sich die Bedingungen hierfür ständig verschärften, andererseits streben Viele auch nicht mehr die österreichische Staatsbürgerschaft an. Gleichzeitig ist es festzustellen, dass ein großer Teil der jeweils Eingebürgerten bereits in Österreich geboren ist.

Politisches Ziel müsste jedoch sein, dass möglichst viele, die ständig in Österreich leben, auch BürgerInnen dieses Staates sind, damit ihnen die Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung gegeben werden.

Problematisch ist, dass die Beamten unmöglich zu erbringende sowie unnötige Nachweise von den Antragstellern fordern

Aus diesem Grund sollte ein Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft darin bestehen, dass die ersten Grade der Aufenthaltsverfestigung nach dem Fremdenpolizeigesetz (nach fünf bis acht Jahren) zeitlich erreicht worden sind. Automatischer Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft sollte durch Geburt im Inland für die 2., 3. und nachfolgende Generationen erfolgen.

Sicherstellung, dass zumindest die jeweils gültigen Regelungen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft durch die Behörden eingehalten und nicht noch zusätzlich zum Nachteil der AntragstellerInnen interpretiert werden.

Des Staatsbürgerschaftsgesetzes soll Integration als gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft, welche auf „Partizipation an wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Prozessen“ abzielt (Nationaler Aktionsplan für Integration), ansehn, dann ist die Erteilung der Staatsbürgerschaft ein Teilschritt dorthin.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

**164. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Wien
am 29.05. 2015**

Antrag Nr. 2

**Die 164. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammern fordert vom
zuständigen Gesetzgeber:**

- Die Abschaffung der Zwangsrehabilitation. Es gibt ein Menschenrecht auf freie Arzt- und Behandlungswahl (Artikel 8 EMRK) sowie ein Recht auf frei gewählte Rehabilitation nach Artikel 26 UN Behindertenkonvention. Diese Bestimmungen sind umzusetzen!
- Schluss zu machen mit der Diskriminierung von Menschen ohne „Berufsschutz“!
- Keine Pflicht, sich als „arbeitsfähig“ zu deklarieren, solange aufgrund nicht abgeschlossener Rechtsverfahren die Arbeitsfähigkeit bzw. deren Ausmaß nicht endgültig fest steht. Pensionsvorschuss wieder wie früher während dem gesamten Verfahren, denn zwischenzeitlich entstandene Schäden an Leib und Leben können nicht rückgängig gemacht werden!
- Freie Wahl der Maßnahmen beim AMS und Mindestsicherung, Abschaffung der Existenzgefährdung durch das Sanktionenregime.
- Proaktive Informationspflichten der Behörden und Gerichte.
- Recht auf Verfahrenshilfe bei den Arbeits- und Sozialgerichten sowie bei den Verwaltungsgerichten! Die Amtshaftung auszuweiten, damit die Verantwortlichen von Rechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können.
- Volle Entschädigung für die Opfer vom AMS, Mindestsicherung und Pensionsversicherung.

Begründung

Mit den „Reformen“ der Invaliditätspension 2013 und 2014 - die ohne Einbeziehung der Betroffenen von oben herab durchgesetzt wurden - gefährdet die österreichische Regierung massiv Gesundheit und Leben von chronisch kranken und invaliden Menschen. Durch die Abschaffung der befristeten Invaliditätspension verloren schlagartig tausende Menschen das Menschenrecht auf soziale Absicherung im Falle der Invalidität.

Besonders Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung leiden, weil sie bei der Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit keinen „Berufsschutz“ genießen und auf einen „fiktiven Arbeitsmarkt“ (der berühmte Arbeitsplatz als Portier) verwiesen werden.

Wer von der Pensionsversicherungsanstalt als „rehabilitationsfähig“ beurteilt wird, muss sich einer fremdbestimmte und daher menschenrechtswidrigen Zwangsrehabilitation und einem tief in die eigene Privatsphäre eingreifenden Case-Management der Krankenkasse unterwerfen oder verliert das „Rehabilitationsgeld“. Die Zwangsrehabilitation wird derzeit von der PVA ohne vorheriger Parteienanhörung per unbestimmten Bescheid verordnet und wenn die konkrete Zuweisung kommt, ist es für eine Klage oft schon zu spät.

Wem die Invaliditätspension verweigert wird, muss sich gegenüber dem AMS als „arbeitsfähig“ erklären und für die Vermittlung in Arbeit oder für AMS-Maßnahmen zur Verfügung stehen, auch wenn dadurch seine/ihre Gesundheit oder Leben gefährdet wird. Wer trotzdem auf seine Arbeitsunfähigkeit hinweist, kann seine/ihre letzte Existenzsicherung wegen „Arbeitsunwilligkeit“ verlieren und darf verhungern.

Selbst jene, die gegen die Nichtanerkennung oder die Aberkennung der Invalidität Klage erheben, müssen sich trotz des noch nicht abgeschlossenen Rechtsverfahrens diesem, Gesundheit und Leben gefährdenden, Zwangsregime unterwerfen, auch dann, wenn erst Jahre später seine/ihre Invalidität endgültig von Gericht anerkannt wird.

Wir fordern daher die Einrichtung einer Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft als Rechtsdurchsetzungsagentur und als Plattform für Betroffenen selbstorganisationen mit weitgehenden Kontroll- und Mitspracherechten, um die Partizipationsrechte entsprechend der ILO Empfehlung 202 „Sozialer Basisschutz“ samt Empfehlung des UN Menschenrechtskommissar .

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

**164. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 29.05. 2015**

Antrag Nr. 3

Die 164 Vollversammlungen der Wiener Arbeiterkammern fordert die Wiener Landesregierung auf, ein selbst verwaltetes Arbeitslosenzentrum für 200.000 Wiener Arbeitslose zu unterstützen.

Begründung

In Wien herrscht mit rund 125.000 offiziell gemeldeten Arbeitslosen (Dunkelziffer: plus 60%) Rekordarbeitslosigkeit. Für diese Menschen gibt es nach wie vor kein eigenes Arbeitslosenzentrum und keine eigene Vertretung. Obwohl nahezu jede Bevölkerungsgruppe Wiens eigene Räume und Ressourcen zur Verfügung gestellt wird, werden die zumeist in Armut lebenden Erwerbsarbeitslosen nach wie vor in Stich gelassen. Dem Verein „Aktive Arbeitslose Österreich“ hat beispielsweise die Gemeinde Wien sogar die recht geringe und pauschale Förderung als Selbsthilfegruppe verweigert, weil der Verein politisch zu aktiv sei!

Der Verein „Aktive Arbeitslose Österreich“ hat als Betroffenen selbstorganisation eine Kampagne für ein selbstverwaltetes „Wiener Arbeitslosenzentrum“ gestartet, das für folgende Aktivitäten ausgelegt sein soll:

- Ein Arbeitslosentreff als niederschwelliger Treffpunkt für Erwerbsarbeitslose und prekär lebende Menschen
- Solidarische Rechtsberatung von und für Erwerbsarbeitslose und prekär Lebende
- Schulungen und Seminare (Erwerbsarbeitslosenakademie)
- Diskussionsveranstaltungen und Videovorführungen
- Bürogemeinschaft für Arbeitsloseninitiativen und Arbeitsgruppen
- Raum für solidarökonomische Projekte wie Kostnix-Laden
- Archiv der Arbeitslosenbewegung

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer unterstützt diese Kampagne aktiv und fordert die Wiener Landesregierung auf:

1. Die Einrichtung eines selbst verwalteten Arbeitslosenzentrums zu fördern.
2. Langfristig Gelder für die Förderung von Initiativen und Projekten von Erwerbsarbeitslosen bereit zu stellen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig